

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsleiter ist Herr Hermann...
Druck u. Verlag: Leipzig & Reichardt, Dresden-N. 1, Marien-
straße 35/32, Fernruf 25241. Postfach 1068 Dresden.
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der
Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiebesamtes beim
Oberverwaltungsamt Dresden

Verlagsleiter ist Herr Hermann...
Druck u. Verlag: Leipzig & Reichardt, Dresden-N. 1, Marien-
straße 35/32, Fernruf 25241. Postfach 1068 Dresden.
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der
Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiebesamtes beim
Oberverwaltungsamt Dresden

Tumult in der belgischen Kammer

Die Flamen fordern flämisch als Amtssprache

Die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten

Brüssel, 24. Juni.

In der belgischen Kammer verlas Ministerpräsident van Zeeland am Mittwoch die Regierungserklärung. Gleich zu Beginn forderten die Mitglieder des nationalflämischen Blocks mit heftigen Zurufen den Ministerpräsidenten auf, seine Erklärung nicht in französischer, sondern in flämischer Sprache vorzutragen. Der Tumult war so groß, daß van Zeeland zunächst nicht mehr zu Worte kommen konnte.

Mehrere flämische Abgeordnete standen auf und erhoben Einspruch dagegen, daß noch heute im Parlament der französischen Sprache offiziell der Vorrang gegeben werde, obwohl die Mehrheit sich aus Flamen zusammensetze.

Van Zeeland wollte beschwichtigend wirken, indem er erklärte, daß zum Ausgleich im Senat die Regierungserklärung zuerst in flämischer Sprache verlesen und dann erst in französischer Sprache überlesen werde. Diese Erklärung von Zeeland hatte jedoch nicht die erhoffte Wirkung. Verschiedene Nationalflamen entgegneten, für sie sei es

eine grundsätzliche Forderung, daß künftig flämisch die offizielle Sprache sei, die mit Rücksicht auf die flämische Mehrheit Belgiens den Vorrang vor dem Französischen verdiene.

Der Kammerpräsident Quynsma, der selbst Flama ist, konnte in dem allgemeinen Wärm weder sich noch dem Ministerpräsidenten Wehler verschaffen. Schließlich legte sich der Sturm, und van Zeeland konnte seine Erklärung in französischer Sprache vorlesen. Am Schluß kam es jedoch zu neuen Zwischenfällen, als Finanzminister de Man (flämischer Sozialist) auf die Rede Zeelands trat, um die Regierungserklärung ins flämische zu übersetzen.

Unter lauten Protestrufen verließen die Mitglieder des nationalflämischen Blocks geschlossen den Sitzungssaal mit der Erklärung, daß sie an der Uebersetzung einer französischen Rede kein Interesse hätten.

Die Regierungserklärung

Die Regierungserklärung selbst begann Ministerpräsident van Zeeland mit dem Hinweis, daß die neue Regierung in einem besonders schwierigen Augenblick gebildet worden sei. Probleme von außergewöhnlichem Ernst hätten sofort in Angriff genommen werden müssen. Der Ministerpräsident schloß sodann die einzelnen Maßnahmen auf, die die Regierung auf sozialem Gebiet unter dem Druck der Gewerkschaften und der Sozialdemokraten zur Verabreichung der Massen ergriffen habe und die teilweise schon in Form von Gesetzen im Parlament ausgegangen seien. Im wirtschaftspolitischen Teil seiner Ausführungen kündigte er im wesentlichen an, daß das Programm der früheren Regierung fortgesetzt werde. Er teilte jedoch mit, daß

die Waffenfabrikation und gewisse Industriezweige, die den Charakter von Monopolen erhalten hätten, unter Staatskontrolle gestellt

würden, um die Wahrung der öffentlichen Interessen wirksamer zu gestalten. Ein Teil des Regierungsprogrammes war gewissen politischen Zielsetzungen gewidmet, als deren Zweck eine stärkere Stabilisierung der Exekutive und die Herbeiführung einer Verbindung zwischen den politischen Organisationen und den wirtschaftlichen Kräften genannt wird. Van Zeeland betonte ausdrücklich, daß die von der Regierung vorgesehene Reform sich im Rahmen der geschicht-

lichen Uebersetzungen des belgischen Staates halte, und daß sie die Festigung des parlamentarischen Systems, das durch die Verfassung vom Jahre 1831 eingeführt worden sei, zum Ziele habe. Die Regierung sei fest entschlossen, die verfassungsmäßigen Freiheiten und die allen Staatsbürgern in der Verfassung verbrieften Rechte aufrechtzuerhalten und gegen alle Angriffe, von welcher Seite sie auch kommen mögen, zu verteidigen. Unter den politischen Reformen, die die Regierung in Aussicht genommen hat, befinden sich — allerdings vorläufig nur in sehr allgemein gehaltenen Formen —

zahlreiche Forderungen, die die Reg.Bewegung in ihrem Kampf gegen das heutige System erhoben hat,

unter anderem Herabsetzung der Zahl der Abgeordneten; die Einführung der Volkabstimmung; das System einer Berufsständischen Organisation; die Einführung von Wirtschaftsräten; die Schaffung eines Obersten Staatsrates sowie das Verbot der Bekleidung von Richterstellen durch Mitglieder der Regierung und des Parlamentes. Die praktische Durchführung dieser Reformen wird allerdings in der Regierungserklärung größtenteils dem Parlament überlassen.

Nur mit wenigen Sätzen streifte van Zeeland in seiner Regierungserklärung die allgemeine Politik.

Zur Außenpolitik beschränkte er sich auf die Feststellung, daß die bisherige Politik fortgesetzt werde, um Belgien in der vollkommenden Unabhängigkeit, aber auch in der Achtung seiner internationalen Pflichten die Sicherheit und den Frieden zu erhalten. In der Frage der Landesverteidigung werde die Haltung der Regierung durch die Ergebnisse der Beratungen bestimmt werden, die augenblicklich in dem gemischten Militärausschuss stattfinden. Die Regierung werde aber mit den wirksamsten Mitteln die Unverletzlichkeit des Staatsgebietes sichern.

Auf die Forderung der Flamen ging die Regierungserklärung gleichfalls nur mit wenigen Sätzen ein. Die Regierung sei fest entschlossen, die vollständige und lokale Anwendung und Durchführung der Sprachengesetze zu gewährleisten. Die Regierung habe Verständnis für die berechtigten Wünsche, die immer mehr bei den flämischen und wallonischen Volksteilen sich ausbreiten. Sie werde sich bemühen, ihnen gegenüber großzügigstes Verständnis zu zeigen.

Die Rede van Zeelands wurde wiederholt von den Nationalflamen und den Rechten mit Zwischenrufen unterbrochen. Die Rechten klafften bei Stellen, die ihnen ein Eingehen auf die Forderungen der Rechten zu verraten schienen. Bei den Ausführungen van Zeelands über die Landesverteidigung riefen einige nationalflämische Abgeordnete: „Los von Frankreich!“ Keine Verteidigung fand bei den Flamen, wie aus den Zwischenrufen hervorging, die Erklärung der Regierung über das Kulturprogramm in der Flamenfrage. Die Antikindigung van Zeelands, daß die Regierung das parlamentarische System gegen alle Angriffe verteidigen werde, löste auf den Bänken der Sozialdemokraten tosenden Beifall aus.

Zusammenarbeit der Westmächte

Zwei bedeutsame Vorgänge haben der Dienstag und der Mittwoch außenpolitisch gebracht: Die Regierungserklärung der französischen Volksfrontregierung, die von Léon Blum im Senat und vom Außenminister Delbos in der Kammer verlesen wurde, und die Erklärung Baldwin im englischen Unterhaus, die an Waterloo anknapfte. Baldwin schloß, wie damals Wellington die Preußen erwartet habe, um gemeinsam mit ihnen seinen Erbfeind, die Franzosen, zu besiegen. Hundert Jahre später hätten Engländer und Franzosen Schulter an Schulter im Kampfe gegen diejenigen gestanden, die Englands Verbündete bei Waterloo waren. Nachdem Baldwin so bargelegt hatte, wie wandelbar eine Erbfeindschaft im Laufe der Geschichte sein kann — ein Gedanke, den der Führer seit langem vertritt —, stellte er die Frage, ob denn nicht die Zeit für diese drei großen Länder gekommen sei, sich zusammenzuschließen und eine Politik der Bestriedung Europas herauszufinden. „Wir sind“, so erklärte Baldwin, „äußerst bemüht, mit diesen Verhandlungen voranzukommen.“ Die Zusammenführung der drei Westmächte sei die Politik, die England in den kommenden Wochen beschreiten werde. Niemand kann sich ein Bestreben fremdländischer Völker als Deutschland, das immer wieder seinen Willen zur Verständigung betont hat, und seit langem auf dem Standpunkt steht, daß es keine Meinungsverschiedenheiten zwischen den drei großen Westmächten gibt, die sich bei gutem Willen nicht, trotz aller Schwierigkeiten, auszuweichen ließen. Auch die Regierung Blum betonte ihre grundsätzliche Verständigungsbereitschaft, für die die Parteien der Volksfront von jeher eingetreten seien. Wir konnten auch anerkennend feststellen, daß die eingehende Regierungserklärung, im Gegensatz zu dem, was wir früher oft bei dergleichen Anlässen erlebten, es vermied, großes Gewicht aufzuführen und mit schwerem Kaliber Angriffe und Anklagen gegen Deutschland hinauszuschleudern. Dankbar haben wir es begrüßt, daß Blum und Delbos auch, im Gegensatz zu den Anweisungen, die man fast täglich in den Blättern der französischen Marxisten und Kommunisten lesen kann, ausdrücklich betonten, daß sie von der Aufrichtigkeit des Friedenswillens des Führers, der als alter Frontkämpfer die Schrecken des Krieges kenne, überzeugt seien. Wenn Baldwin jedoch hervorhob, wie mühevoll der Weg noch sei, der zu erproblichen Verhandlungen der drei Mächte führen könne, so will es uns scheinen, als wenn gerade die Erklärung der Volksfrontregierung einen Ueberblick über die Schwierigkeiten gebe, die sich noch hemmend entgegenstellen.

Die Grundzüge der französischen Außenpolitik haben Léon Blum und Delbos umrissen. Durch die Erklärung der Volksfrontregierung stehen sich wie ein roter Faden zwei miteinander verflochtene Begriffe, nämlich der der Regionalpakte und der der kollektiven Sicherheit. Frankreichs Politikwünsche wenden sich noch zu einem umfangreichen Strahl, wobei ganz Europa beteiligt wird. Als erstes wird ein Abkommen gefordert, das alle Mittelmeerstaaten von Spanien bis zur Balkan-Entente zusammenfaßt und ihnen eine Bürgschaft bietet, daß sich keine Vorherrschaft irgendeiner Mittelmeermacht herausbilden kann. Die Spitze gegen Italien ist deutlich, das das Mittelmeer als sein Meer betrachtet, und der Grund Léon Blums, den Pakt zu betreiben, ist weniger die ungeliebliche Sorge um andere, als der Wunsch, den Transportweg von Afrika nach Frankreich für alle Fälle zu sichern. Auch England hat Sorgen im Mittelmeer. Auf der anderen Seite sind aber in beiden Ländern Kräfte am Werk, auch mit Italien nach der Aufhebung der Sanktionen zu einem besseren Einvernehmen zu gelangen. An anderer Stelle Europas wünscht Frankreich den Donaupakt, für den doch weder Ungarn noch Polen Neigung zeigen, und für den so recht niemand begeistert ist. Die französisch-polnische Freundschaft soll eine neue Weiche erhalten, kurz, das ganze System der Regionalpakte, das Frankreich zum Schiedsrichter in Europa macht, wird zum großen Teil wieder hervorgeholt. Nur der Ostpaktplan ist offenbar fallen gelassen worden, denn in der Regierungserklärung wird nirgends auf ihn eingegangen, und der französisch-russische Unterabstimmungsvertrag erscheint fürder nicht mehr als das Bruchstück eines regionalen Abkommens, sondern Recht für sich. Am positivsten scheinen auf den ersten Blick die Worte über einen Ostpakt zu sein, der sich auf Westeuropa beschränken könnte, und Blum erklärt sich zu qualitativen wie quantitativen Abmachungen bereit. Doch dabei darf man nicht übersehen, daß durch die engen Bindnisse die französisch-sowjetrussisch-italienische Luftflotten, militärisch gesehen, eine Einheit bilden, die an bedrohlicher Kraft durch Mengengrenzung im Westen noch gewinnen könnte.

Litwinow war es, der das Schlagwort vom „unvollkommenen Frieden“ erfindet, das sich mit der französischen Politik

Englisch-russische Gegensätze in Montreux

Um die Durchfahrt durch die Dardanellen

London, 24. Juni.

Die Londoner Abendblätter berichten in großer Aufmerksamkeit über Gegensätze zwischen England und Sowjetrußland, die sich auf der Konferenz von Montreux herausgestellt hätten. Sie seien so ausgeprägt, daß die britische Regierung auf neue Anweisungen aus London warten müsse.

Nach Reuters drehe sich die Meinungsverschiedenheit um die Durchfahrt für Kriegsschiffe durch die Dardanellen. Großbritannien sei nur dann bereit, sich mit Einschränkungen abzufinden, wenn sie allgemein und ohne Ausnahme gelten würden. Die Sowjetunion dagegen wünsche, daß die Schwarzmeer-Staaten so viele Schiffe, wie sie wöllen, in das Mittelmeer senden dürfen, daß aber die anderen Mächte nur eine begrenzte Tonnage aus dem Mittelmeer in das Schwarze Meer schicken dürfen, und auch dies nur unter besonderen Bedingungen.

Auch Japan gegen Sowjetrußland

Tokio, 24. Juni.

Nach einer Mitteilung der Agentur Domei hat der japanische Außenminister Krita an den Delegationsführer

Sato auf der Konferenz von Montreux folgende Richtlinien übermittelt:

Die japanische Marine unterstützt die türkischen Revisionsforderungen, verlangt aber eine Abänderung des türkischen Vorschlages dahingehend, daß das großartige Passagierrecht für sowjetrussische Schiffe zum Mittelmeer eingeschränkt wird. Japan werde sich an den Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des jetzigen Vertrages wegen seines Ausscheidens aus dem Völkerbunde keinesfalls beteiligen.

Italien beobachtet argwöhnisch

Rom, 24. Juni.

Der Londoner Korrespondent der „Tribuna“ greift die „Times“ an, weil sie die Tendenz zeige, auf der Meerengenkonferenz in Montreux die Grundlagen für ein Garantiesystem im Mittelmeer herauszufinden. Dieses unentwegte Festhalten am Völkerbund entspringe rein imperialistischen Interessen. Dies könne man schon daraus erkennen, daß eine Regelung der künftigen internationalen Beziehungen empfohlen werde, während man gleichzeitig Italien von einem für die Sicherheit Europas grundlegenden Pakt fernhalten wolle und seine Einkreisung in einem Meer betriebe, in dem die englische Flotte, nicht die italienische der Fremdling sei.